

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

am 5. Oktober 2010

I. Die politische Lage in Deutschland

- **Zukunftsfähigkeit Deutschlands sichern – „Stuttgart 21“ umsetzen.**

Deutschland verdankt seine Wettbewerbsfähigkeit und seinen Wohlstand maßgeblich seiner hervorragenden Infrastruktur. Diese Infrastruktur wollen wir erhalten und ausbauen. Zu den Infrastrukturprojekten von nationaler Bedeutung gehört auch das Projekt „Stuttgart 21“, mit dem in der baden-württembergischen Landeshauptstadt ein unterirdischer Durchgangsbahnhof entstehen und – unter Einbeziehung des Stuttgarter Flughafens – an eine neue ICE Strecke zwischen Wendlingen und Ulm angeschlossen werden soll. Mit der Umsetzung dieses Projekts wird eine bedeutende Lücke in der wichtigen europäischen Eisenbahnachse Paris-Stuttgart-Wien-Bratislava geschlossen. Zugleich erhält die Landeshauptstadt eine große städtebauliche Chance. Beim Bau des heutigen Bahnhofs wurde Stuttgart in seiner Mitte zerteilt. Mit „Stuttgart 21“ kann dies nun rückgängig gemacht werden: Die Stadt erhält zusätzliche Entwicklungsräume und durch eine beträchtliche Erweiterung des Schlossgartens und des Rosensteinparks eine neue „grüne Lunge“.

„Stuttgart 21“ ist über zehn Jahre hinweg intensiv erörtert worden: 60 Varianten wurden in diesem Zeitraum geprüft und als unzumutbar verworfen bis die heute gültige Fassung feststand. Für die von den Gegnern des Projekts eilig vorgeschlagene „Alternative“ gibt es hingegen keine Planung und keine Finanzierung. Der dringend notwendige Ausbau der Infrastruktur im Raum Stuttgart

würde auf unbestimmte Zeit aufgeschoben; Baden-Württemberg, das dank seiner starken Wirtschaft und Bildung einer der Wachstumsmotoren unseres Landes ist, würde vom Verkehr abgehängt. Das können wir uns auch als Bund nicht leisten. Seitdem im Jahre 1995 der Grundsatzbeschluss zu „Stuttgart 21“ getroffen worden ist, stand das Vorhaben viele Male auf der Tagesordnung der betroffenen Parlamente. Auch die baden-württembergischen Sozialdemokraten haben dem Projekt im Stuttgarter Landtag viele Male zugestimmt. Heute wollen sie von ihren Beschlüssen nichts mehr wissen. Widersprüche prägen auch die Haltung der Grünen zur Modernisierung unseres Landes: Sie sind gegen das Auto und mit „Stuttgart 21“ zugleich gegen ein Bahnprojekt, durch das sich pro Jahr eine Milliarde Pkw-Kilometer und 175.000 Tonnen CO₂ einsparen lassen.

CDU und CSU sind die Volksparteien mit einer Verantwortung für das Ganze. Wir machen Politik mit Blick auf die Zukunftschancen des gesamten Landes und wollen nicht, dass diese durch den Druck der Wenigen verloren gehen, die ihre abweichende Meinung dann als Protest auf die Straße tragen, wenn diese in den Parlamenten niemanden zu überzeugen vermochte. Wir stehen deshalb geschlossen hinter dem Projekt „Stuttgart 21“.

- **Gesundheitsreform.** Deutschland hat ein Gesundheitssystem, das allen Bürgerinnen und Bürgern eine Versorgung auf höchstem Niveau garantiert und um das uns andere Staaten beneiden. Die christlich-liberale Koalition ist im vergangenen Herbst angetreten, um dieses Niveau dauerhaft zu sichern und die Herausforderung zu meistern, vor die der demographische Wandel unser Gesundheitssystem stellt. Mit dem Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinG) haben wir deshalb eine Reform auf den Weg gebracht, die von allen Seiten: von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern, den Ärzten, Zahnärzten und Apothekern, den Krankenhäusern, Krankenkassen und der Pharmaindustrie einen Beitrag zur finanziellen Stärkung des Gesundheitssystems ein- und doch niemanden überfordert. Das Gesetz bringt für die Patienten keine Leistungseinschnitte, beseitigt das für 2011 erwartete Defizit der gesetzlichen Krankenkassen in Höhe von elf Milliarden Euro und stellt zugleich die Weichen für die kommenden Jahre, indem es die Gesundheits- von den Lohnnebenkosten entkoppelt: Ein Mehr an Gesundheit wird deshalb künftig nicht zu einem Weniger an Beschäftigung führen.

Sparanstrengungen: Gespart wird im Rahmen der Gesundheitsreform insbesondere bei den Verwaltungskosten der gesetzlichen Krankenversicherungen (300 Millionen Euro) und den Arzneimittelausgaben. Mit rund zwei Milliarden Euro pro Jahr fordern wir der Pharmaindustrie einen Sparbeitrag in einer bislang beispiellosen Größenordnung ab. Darüber hinaus begrenzen wir die Ausgabensteigerungen im Bereich der Ärzte, Zahnärzte und Krankenhäuser (Sparbeitrag: 3,5 Milliarden Euro in 2011).

Alter Beitragssatz: Die Union hat in den vergangenen beiden Jahren unser Land erfolgreich durch eine schwere globale Finanz- und Wirtschaftskrise geführt. Ein Mittel, mit dem wir die Krise gemeistert haben, war die Absenkung des Beitragssatzes der gesetzlichen Krankenversicherung durch einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt. Deutschland ist heute mit einem Wirtschaftswachstum von mehr als drei Prozent und einer rasch sinkenden Arbeitslosenzahl erneut auf einem starken Wachstumskurs. Angesichts dieser guten Entwicklung können wir zum Niveau des alten Beitragssatzes zurückkehren, ohne die wirtschaftliche Erholung zu gefährden. Mit 15,5 Prozent werden sich die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung ab dem 1. Januar 2011 wieder auf dem Stand vom 1. Januar 2009 befinden. Davon tragen die Arbeitgeber wie zuvor 7,3 und die Arbeitnehmer 8,2 Prozent. Die beitragsfreie Familienmitversicherung bleibt erhalten.

Entkoppelung der Gesundheits- von den Arbeitskosten: Damit in Zukunft durch wachsende Gesundheitsausgaben die Arbeitskosten nicht automatisch steigen, Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht an Boden verliert und keine Arbeitsplätze verloren gehen, sollen künftige Ausgabenzuwächse im Gesundheitswesen durch einen Zusatzbeitrag finanziert werden, der von den Versicherten getragen wird. Dabei werden wir niemanden überfordern: Übersteigt der Zusatzbeitrag, den eine Kasse erhebt, zwei Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens, erfolgt ein automatischer Sozialausgleich, der nicht allein von den in den gesetzlichen Krankenkassen Versicherten, sondern von allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern finanziert wird. Das ist gelebte Solidarität und stärkt im Sinne der Versicherten den Wettbewerb unter den Krankenkassen.

- **Fördern und Fordern gehören in der Integrationspolitik zusammen.** Der in dieser Woche von der Bundesregierung vorgestellte Achte Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland widmet sich nicht nur der La-

ge der Ausländer, sondern der Lage der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt. Die Differenzierung zwischen Einwohnern ohne deutschen Pass und deutschen Staatsbürgern würde die soziale Realität in Deutschland nicht mehr richtig widerspiegeln. Von den 15,6 Millionen Einwohnern mit Migrationshintergrund sind 8,3 Millionen Deutsche. Inzwischen haben 34,4 % der Kinder unter 5 Jahren einen Migrationshintergrund. Vielfalt in unserer Gesellschaft ist Realität. Der Großteil der Zugewanderten und ihrer Kinder hat sich in unsere Gesellschaft integriert. Dort, wo das nicht der Fall ist, wurden unter der unionsgeführten Bundesregierung vielfältige Integrationsmaßnahmen von Bund, Ländern, Kommunen und Privaten in Angriff genommen, die insbesondere darauf abzielen, jungen Migranten faire Startchancen zu geben und ihren Aufstieg zu ermöglichen. Staatlicherseits werden die Anstrengungen nicht nachlassen, die Integration insbesondere über die Schule und über den Arbeitsmarkt voranzutreiben. Klar ist aber auch, dass die Zugewanderten für ihre Integration und die Integration ihrer Kinder auch selbst Verantwortung tragen müssen. Ihre Bereitschaft und ihr Engagement ist Voraussetzung dafür, dass staatliche Hilfestellung erfolgreich sein kann. Hierzu gehört selbstverständlich auch, für den regelmäßigen Schulbesuch der Kinder zu sorgen. Das gilt für alle, die in unserem Land leben. Regeln und Pflichten müssen konsequenter durchgesetzt werden. Der Bundespräsident hat in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit verdeutlicht, dass es nicht entscheidend ist, woher einer kommt, sondern wohin einer will. Den Aufstieg jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft – gleich welcher Herkunft – wollen wir ermöglichen und fördern.

II. Die Woche im Parlament

- Der von der Bundesregierung vorgestellte **Achte Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland** widmet sich der Lage der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund und den Integrationsmaßnahmen der Bundesregierung. Der Berichtszeitraum erfasst die Zeit von Frühjahr 2008 bis Frühjahr 2010.
- In dieser Woche unterrichtet uns die Bundesregierung über die **Hightech-Strategie 2020 für Deutschland**. Es handelt sich um die Fortsetzung und Weiterentwicklung der erfolgreichen „Hightech-Strategie für Deutschland“ aus der

letzten Legislaturperiode, mit der erstmals eine nationale Innovationsstrategie über alle Ressorts und Politikfelder hinweg entwickelt wurde. Die „Hightech-Strategie 2020 für Deutschland“ ist ausgerichtet auf die fünf Bedarfsfelder Klima/Energie, Gesundheit/Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation. Sie ordnet den Bedarfsfeldern jeweils bestimmte Zukunftsprojekte zu.

- Nach Daten des Mikrozensus leben derzeit bis zu 300.000 zugewanderte Akademikerinnen und Akademiker in Deutschland, deren ausländische Hochschulabschlüsse in Deutschland nicht anerkannt werden. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Ausländische Bildungsleistungen anerkennen – Fachkräftepotentiale ausschöpfen** fordern wir die Bundesregierung auf, für ihren Zuständigkeitsbereich eine Regelung für ein vereinfachtes sowie zügiges Bewertungs- und Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse und formal nachgewiesene Qualifikationen vorzulegen. Die Bundesregierung arbeitet bereits intensiv an einer solchen Regelung. Zudem soll ein Rechtsanspruch auf Feststellung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen auf der Grundlage des deutschen Bildungs- und Ordnungsrahmens geschaffen werden.
- In dieser Woche debattieren wir und fassen Beschluss über den **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Einlagensicherungssysteme**. Mit dem Vorschlag verfolgt die Kommission das Ziel, die unterschiedlichen Regelungen in den 27 Mitgliedsstaaten über Einlagensicherungssysteme zu vereinheitlichen. Der Vorschlag der Kommission ist mit dem Subsidiaritätsprinzip nach Artikel 5 EUV nicht vereinbar, da sich die Ziele auf nationaler Ebene ebenso gut verwirklichen lassen. In Deutschland haben sich insbesondere das intensive Monitoring sowie umfangreiche Präventions-, Restrukturierungs- und Sanierungsmaßnahmen der genossenschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Institutssicherungen für die Finanzmarktstabilität als vorteilhaft erwiesen. Die von der Kommission geplanten Eingriffe in unseren Bankensektor sind für uns nicht akzeptabel.
- Der **Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung** befasst sich mit dem Stand und der Entwicklung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland für den Zeitraum 2005 bis Anfang 2009. Der Be-

richt konzentriert sich auf die Frage der Verankerung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung in Bildung und auf den Transfer in breite gesellschaftliche Bereiche.

- Die Todesstrafe ist eine grausame und unmenschliche Strafe, die gegen das Recht auf Leben und die Menschenwürde verstößt. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Todesstrafe weltweit ächten und abschaffen** fordern wir die Bundesregierung auf, die Initiativen für die weltweite Ächtung der Todesstrafe voranzutreiben und sich in allen damit befassten Gremien sowie in bilateralen Gesprächen weiterhin dafür einzusetzen, dass die Todesstrafe abgeschafft wird.
- Ziel des Antrages der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Kulturtourismus in Deutschland** ist es, das reichhaltige kulturelle Angebot in Deutschland besser für den Kulturtourismus nutzbar zu machen. Wir fordern die Bundesregierung auf, zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Kultur- und der Tourismusbranche beizutragen und mangelndes gegenseitiges Verständnis abzubauen zu helfen. Vorgeschlagen werden u. a. ein gemeinsames Kulturtourismuskonzept, die Auslobung eines Wettbewerbs „Kulturregion Deutschland“ und die Schaffung einer Plattform für kulturtouristisches Marketing.
- Mit dem in zweiter und dritter Lesung anstehenden **Gesetz zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes** werden Unklarheiten bei der SED-Opferentschädigung beseitigt und punktuelle Verbesserungen vorgenommen. So wird etwa durch Änderungen bei der Feststellung der Bedürftigkeit die Benachteiligung von Anspruchsberechtigten mit Kindern für die Opferrente für politisch Verfolgte in der SBZ/DDR beseitigt.
- In zweiter und dritter Lesung steht die Verabschiedung des **Neunten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes** an, mit dem die erforderlichen Rechtsverordnungsermächtigungen zur Einführung von E10-Kraftstoff geschaffen werden.

- Militärische und zivile Auslandsverwendungen in Konfliktgebieten und Krisenregionen wie z.B. in Afghanistan sind mit besonderen Gefahren für das eingesetzte Personal verbunden, die nicht mit den Risiken bei normalen dienstlichen Tätigkeiten im Inlandsdienst gleichgesetzt werden können. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Verbesserung der Regelungen zur Einsatzversorgung** wollen wir erkannte Lücken bei der Versorgung schließen, um den im Einsatz verehrten und gefallenen Soldatinnen und Soldaten sowie zivilen Mitarbeitern und deren Hinterbliebenen bestmögliche soziale Absicherung zu gewähren.
- Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Beitrittsantrag der Republik Serbien zur Prüfung an die Europäische Kommission weiterleiten** befürworten wir die Überweisung des serbischen EU-Beitrittsgesuchs zur Prüfung an die Europäische Kommission. Wir erkennen insbesondere an, dass Serbien sich in seiner Position zum Kosovo bewegt hat. Es muss allerdings sicher gestellt werden, dass vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Republik Serbien bezüglich der Lösung der noch offenen bilateralen Fragen mit dem Kosovo Fortschritte deutlich erkennbar werden.

III. Daten und Fakten

- **20 Jahre deutsche Einheit.** 20 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Lebensverhältnisse im östlichen Teil Deutschlands sehr viel besser, als dies noch kurze Zeit nach der Wende der Fall war: So verdreifachte sich im Osten das Bruttoinlandsprodukt pro Arbeitnehmer von 16.000 Euro im Jahr 1991 auf 49.000 Euro im Jahr 2009, während es im Westen von gut 45.000 auf 62.000 Euro zulegte. War die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen nach der Wende im Westen noch 2,8-mal so hoch wie im Osten, so ist sie jetzt nur noch 1,3-mal so hoch. Im selben Zeitraum stieg der durchschnittliche Stundenlohn in den neuen Bundesländern von 10,02 auf 21,57 Euro. Insgesamt haben die Sanierung der DDR-Wirtschaft und die Einbeziehung der Ostdeutschen in die Sozialsysteme der Bundesrepublik einen Nettobetrag von 1,7 Billion Euro gekostet. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen kann aber auch im zwanzigsten Jahr der deutschen Einheit noch nicht die Rede sein. So betrug die Erwerbslosenquote im Jahresdurchschnitt 2009 im alten Bundesgebiet 6,4 %, in den neuen Ländern

und Berlin 12,6% (Bundesdurchschnitt 7,7%). Auch der Anteil der Personen, die Hartz-IV-Leistungen erhalten, war 2008 in den neuen Ländern und Berlin mit 17,2 % noch rund doppelt so hoch wie in den alten Ländern mit 8,4 %. Mit 21,57 Euro lag ferner der durchschnittliche Stundenlohn im Osten noch immer deutlich unter dem im Westen von 27,13 Euro.

(Quellen: Statistisches Bundesamt und Institut für Wirtschaftsforschung)

- **Nur noch 3 Millionen Arbeitslose.** Die Arbeitslosenzahl ist im September auf rund drei Millionen gesunken. Das sind insgesamt 315.000 weniger als noch im Vorjahr. Im gleichen Zeitraum nahmen auch die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu. So verzeichnete die Zahl der Erwerbstätigen ein Plus von 114.000 und lag mit 40,47 Millionen um 193.000 höher als noch im Vorjahr. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im Juli bei 27,67 Millionen; gegenüber dem Vorjahr war das eine Zunahme um 353.000. Auch die gemeldeten Arbeitsstellen legten mit einem Anstieg von 96.000 auf 398.000 Arbeitsstellen stark zu. Demgegenüber sank die Kurzarbeit deutlich: Im Juli wurde an 288.000 Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt. Das waren 111.000 weniger als im Juni und 927.000 weniger als noch vor einem Jahr. Gegenüber dem Höhepunkt vom Mai 2009 hat sich die Kurzarbeit damit um fast vier Fünftel vermindert.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

- **Konsumklima auf Drei-Jahres-Hoch.** Der von der Gesellschaft für Konsumforschung berechnete Konsumklimaindex ist im September mit 53,5 Punkten auf den höchsten Stand seit drei Jahren gestiegen. Ihre Ursachen hat diese deutliche Verbesserung der Verbraucherstimmung nicht nur im konjunkturellen Aufschwung und in sinkenden Arbeitslosenzahlen, sondern auch in einem moderaten Preisklima: So verzeichnete die Teuerungsrate im September nur ein Plus von 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Bundesbürger sehen die deutsche Wirtschaft auch in den nächsten Monaten weiterhin auf klarem Erholungskurs. Mit insgesamt 53,5 Zählern erreichte die Konjunkturerwartung den höchsten Stand seit drei, die Einkommenserwartung mit 45, 2 Punkten sogar den höchst-

ten Stand seit zehn Jahren. Desweiteren stieg die Anschaffungsneigung um 2,8 Punkte auf einen Wert von 30,7 Punkten, was deutlich über dem langjährigen Durchschnittswert von 0 Punkten liegt.

(Quellen: Gesellschaft für Marktforschung und Statistisches Bundesamt)